

## Niederschrift

über die in der 16. Sitzung des Kreistages  
am 16.02.2017 im Maywaldsaal des Kreishauses in Kleve gefassten Beschlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung	: 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung	: 18:35 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung	: 18:35 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung	: 18:36 Uhr

### anwesend sind

Angenendt, Brigitte	Kleve
Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Draack, Franz-Josef	Wachtendonk
Düllings, Paul	Issum
Elverfeldt von, Max	Weeze
Erkens, Hans-Willi	Geldern
Fenger, Andre	Rees
Giesen, Heinz	Geldern
Heinzel, Freddy	Emmerich am Rhein
Hohl, Peter	Kevelaer
Kerkenhoff, David	Kalkar
Kersten, Gertrud	Kranenburg
Klinkhammer, Robert	Rees
Koppers, Josef	Goch
Dr. Kребber, Klaus	Emmerich am Rhein
Mailänder, Josef	Straelen
Mulder, Andy	Kleve
Palmen, Manfred	Kleve
Papen, Hans-Hugo	Rheurdt
Poell, Peter	Goch
Schmidt, Gabriele	Kleve
Schreiber, Adolf	Goch
Selders, Hannes	Kevelaer
Stevens, Agnes	Uedem
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Winkels, Lothar	Bedburg-Hau
Wolters, Stephan	Geldern
Beckers, Irmgard	Issum
Berg, Josef	Kleve
Eicker, Sigrid	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen	Kranenburg
Friedmann, Peter	Rees
Helbing, Peter	Kerken
Kreutzmann, Andrea	Geldern
Plotke, Kathrin	Uedem
Rupp, Thorsten	Emmerich am Rhein

Sander, Helma  
Vopersal, Jörg  
Weber, Otto  
Wucherpennig, Brigitte  
Gorißen, Dietmar  
Prof. Dr. Klapdor, Ralf  
Wittenburg, Thomas  
Höhn, Birgitt  
Krystof, David  
Dr. Prior, Helmut  
Terkatz, Hans-Hermann  
Währisch-Große, Elke  
Heinricks, Michael  
Natrop, Mathias  
Habicht, Kai  
Hayduk, Norbert  
Reuter, Tim

Kalkar  
Kevelaer  
Straelen  
Kleve  
Kleve  
Uedem  
Issum  
Kevelaer  
Goch  
Kleve  
Straelen  
Rheurd  
Kerken  
Kranenburg  
Kerken  
Geldern  
Geldern

entschuldigt sind

Derstappen, Gertrud  
Trenckmann, Bettina  
Sickelmann, Ute  
Severin, Rainer

Wachtendonk  
Goch  
Emmerich am Rhein  
Kleve

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang  
Boxnick, Zandra  
Keuken, Ruth  
Reynders, Rudolf  
Lamers, Silke  
Klüsener, Margit  
Lamers, Monika  
Schmitz, Tobias

als Schriftführerin

Bormann-Ervens, Denise

- - - - -

Vor Eintritt in die Tagesordnung erbittet Landrat Wortmeldungen im Rahmen der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist, die Einladungsfrist eingehalten und Ort und Zeitpunkt der Sitzung in der vorgeschriebenen Weise bekanntgemacht worden sind.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreistag beschlussfähig ist.

Folgende Unterlagen wurden nachgereicht:

- Wahlvorschlag CDU / FDP zu TOP Nr. 3
- Wahlvorschlag SPD zu TOP Nr. 3
- Wahlvorschlag Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu TOP Nr. 3

Landrat fragt, ob Anträge zur Tagesordnung gestellt werden.

Auf die Frage des Landrates an die Kreistagsmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Erklärung.

-----

### **Öffentliche Sitzung**

- |    |   |          |
|----|---|----------|
| 1. | Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung<br>Abgabe der einheitlichen Stimme für den Kreis Kleve durch<br>Landrat Wolfgang Spreen bei der 3. Vollversammlung der<br>Metropolregion Rheinland | 587/WP14 |
| 2. | Umstrukturierung von Ausschüssen und Gremien<br>Antrag der Piratenfraktion vom 19.01.2017   | 589/WP14 |
| 3. | Mitgliedschaft des Kreises Kleve im Verein<br>"Metropolregion Rheinland e.V."   | 591/WP14 |
| 4. | Breitbandausbau im Kreis Kleve<br>Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit den kreis-<br>angehörigen Kommunen zur gebündelten Durchführung<br>des Breitbandprojektes durch den Kreis Kleve  | 593/WP14 |
| 5. | Mitteilungen  |          |
| 6. | Anfragen  |          |

### **Nichtöffentliche Sitzung**

7. Mitteilungen
8. Anfragen

-----

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 587 /WP14

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung  
Abgabe der einheitlichen Stimme für den Kreis Kleve durch Landrat Wolfgang Spreen bei der 3. Voll-  
versammlung der Metropolregion Rheinland

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Die als Anhang beigefügte Dringlichkeitsentscheidung wird genehmigt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 589 /WP14

Umstrukturierung von Ausschüssen und Gremien  
Antrag der Piratenfraktion vom 19.01.2017

---

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme

Beschlussvorschlag:

Folgende Ersatzbestimmungen werden vorgenommen:

- als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung: Herr Hans-Jürgen Preußner (sachkundiger Bürger)
- als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Strukturplanung: Herr Herbert Derksen (sachkundiger Bürger)
- als Mitglied im Betriebsausschuss des Rettungsdienstes des Kreises Kleve: Herr Hans-Jürgen Preußner (sachkundiger Bürger)
- als stellvertretendes Mitglied im Betriebsausschuss des Rettungsdienstes des Kreises Kleve: Herr Rolf Bernards (sachkundiger Bürger)
- als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss: Herr Herbert Derksen (sachkundiger Bürger)
- als stellvertretendes beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss: Herr Rolf Bernards (sachkundiger Bürger)

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 591 /WP14

Mitgliedschaft des Kreises Kleve im Verein „Metropolregion Rheinland e.V.“

---

Landrat berichtet, dass der Kreisausschuss zu dem 1. Beschlussvorschlag eine einstimmige positive Beschlussempfehlung gegeben hat und den Beschlussvorschlag zu 2., sowie den Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat passieren lassen.

Landrat erläutert, dass Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Sitzung des Kreisausschusses einen mündlichen Antrag, auch für den Kreistag, gestellt hat. Ein gleichlautender, schriftlich gestellter Antrag, wurde verfristet eingereicht.

KTM Dr. Prior erläutert den Antrag. Der Antrag zielt auf eine möglichst breite partizipative Vertretung in der Mitgliederversammlung des Metropolregion Rheinland e.V. und zwar dergestalt, dass 5 verschiedene Parteien je einen Vertreter entsenden. Dafür spricht, dass das gesamte Vereinspro-

gramm die Partizipation betont. Auch andere Kommunen haben sich für ein entsprechendes Vorgehen entschieden, zum Beispiel die Landeshauptstadt Düsseldorf. Der Gewinn für den Kreis wäre, dass auf viele Netzwerke zurückgegriffen werden kann. Zudem hat der Kreis Kleve sowieso eine einheitliche Stimme in der Mitgliederversammlung.

Landrat konkretisiert, dass die fünf zu entsendenden Vertreter aus Reihen des Kreistages gemäß dem Antrag von Bündnis90/DIE GRÜNEN aus folgenden Parteien stammen sollen: CDU, SPD, FDP, Piraten und Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Landrat schlägt zum Verfahren vor, dass eine Strukturierung vorgenommen wird. In einem ersten Schritt sollte die Frage der Mitgliedschaft besprochen und entschieden werden. Bei einem positiven Beschluss hinsichtlich einer Mitgliedschaft wäre als erstes über den Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu entscheiden. Dem würde die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter aus den Mitgliedern des Kreistages folgen. In einem weiteren Schritt wäre die Wahl des Landrates als Vertreter des Kreises vorzunehmen.

KTM Natrop führt aus, dass sechs Fraktionen im Kreistag vertreten sind. Eine Fraktion geht somit leer aus. Einen Sitz an die Piratenfraktion zu geben wäre nicht fair. Er plädiert daher dafür, die Verteilung entsprechend des Beschlussvorschlages nach den Verhältnissen vorzunehmen.

Landrat schlägt vor, sich mit der Frage der Mitgliedschaft zu beschäftigen, da eine Wahl erst dann relevant wird, wenn der Kreis Kleve dem Metropolregion Rheinland e.V. beitrifft.

KTM Prof. Dr. Klapdor erläutert, dass sich die Beitrittsentscheidung als eine Wesentliche herausstellen könnte. Der Metropolregion Rheinland e.V. umfasst ein großes Gebiet und versucht mit einem Arbeitsprogramm Gemeinsames voranzutreiben. Seine Fraktion findet dies hervorragend und geht davon aus, dass diese Meinung geteilt wird. Aus Sicht des Kreises Kleve ist es zu befürworten, dass auch der Kreis Wesel und die Stadt Duisburg vertreten sind, was nicht von vorneherein vollkommen unumstritten war. Er geht davon aus, dass alle der Vorlage zustimmen werden.

KTM Ulrich schließt sich den Ausführungen an. Die Idee, den Verein als Gründungsmitglied mitzugründen, ist unterstützenswert. Die Region Rheinland ist mit rund 8,5 Millionen Menschen die bevölkerungsreichste Region deutschlandweit. Es ist richtig den Versuch zu machen Interessen zu bündeln und den Markenwert Rheinland zu stärken. Zwar muss abgewartet werden, ob sich der Vereinszweck realisieren lässt, die Idee ist aber unterstützenswert. Dem Beschlussvorschlag wird seitens der Fraktion zugestimmt werden.

KTM Dr. Prior hätte sich eine etwas breitere Partizipation und andere Entscheidungsstrukturen gewünscht, als sich abgezeichnet haben. Es ist erkennbar, dass ein paar Schritte in die Richtung gemacht worden sind, dass die Basis breiter ist und Akteure aus dem politischen Bereich stärker in Entscheidungen einbezogen werden. Dies hat die Unterstützung der Fraktion in das Vorhaben noch gestärkt.

KTM Franken führt aus, dass sich die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu 1. anschließen wird. Der Kreis Kleve als Flächenkreis mit der Sondersituation der Grenznahe kann nur davon profitieren, wenn man Gründungsmitglied des Vereins wird und die Synergieeffekte nutzt. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von 22.000,00 € ist gut angelegtes Geld.

KTM Heinrichs führt aus, dass sich die Fraktion dem Beschlussvorschlag unabhängig von der Frage, ob sie personell vertreten sein wird oder nicht, anschließen wird, da die Institution an sich für gut gehalten wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Auf Grundlage des vorliegenden Satzungsentwurfes vom 12.01.2017 wird der Kreis Kleve den Verein „Metropolregion Rheinland e.V.“ in der Gründungsversammlung am 20.02.2017 als Gründungsmitglied mitgründen. Der Landrat wird entsprechend ermächtigt.

Landrat erläutert, dass nun die Entscheidung zu treffen ist, wer den Kreis Kleve in der Mitgliederversammlung des Metropolregion Rheinland e.V. vertritt, und kommt auf den Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu sprechen.

KTM Franken führt aus, dass er der breiten Partizipation viel abgewinnen kann. Seine Fraktion könnte sich dem Antrag anschließen. Sollte dem Antrag nicht entsprochen werden, wird eine Sitzungsunterbrechung beantragt.

KTM Ulrich führt aus, dass die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird. Es gibt ein Regelwerk zur Besetzung von Gremien. Die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat sich zu Beginn der Wahlperiode bei bestimmten Entscheidungen nicht durch Entgegenkommen ausgezeichnet. Es sollte kein Präzedenzfall für zukünftige Diskussionen geschaffen werden.

KTM Dr. Prior entgegnet, dass bei einer Bereitschaft der CDU-Fraktion zu Beginn der Wahlperiode, die Kreisausschussmitglieder um eins zu erhöhen, keine Fraktion einen Nachteil gehabt hätte. Nur aufgrund des fehlenden Entgegenkommens habe man damals einen anderen Weg eingeschlagen.

KTM Reuter führt aus, dass die Piratenfraktion den Antrag unterstützt, da Partizipation für wichtig gehalten wird, auch wenn die Mehrheitsverhältnisse anders aussehen. Hinsichtlich der Frage der Vertretung bei den gleichstarken Fraktionen würde er ein Losverfahren bevorzugen. Auch bestünde die Bereitschaft der Piratenfraktion zugunsten der UKF-Fraktion auf den Vertreter zu verzichten, sollte dem Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN entsprochen werden.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Landrat führt aus, dass der Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN damit abgelehnt ist und daher nun die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter aus den Mitgliedern des Kreistages vorzunehmen ist. Es sind 5 Vertreterinnen und Vertreter zu wählen. Ein einheitlicher Wahlvorschlag liegt bislang nicht vor. Die drei vorliegenden und gegebenenfalls weitere Wahlvorschläge sind Gegenstand der Wahl.

KTM Dr. Prior beantragt eine Sitzungsunterbrechung. Gegenstimmen gibt es nicht.

Die Sitzung wird für 10 Minuten von 16.33 Uhr bis 16.43 Uhr unterbrochen.

Landrat teilt mit, dass ein weiterer Wahlvorschlag vorgelegt wurde. Es handelt sich um einen gemeinsamen Wahlvorschlag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Piratenfraktion. Der Wahlvorschlag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 16.02.2017 wird durch diesen Wahlvorschlag ersetzt.

KTM Franken erklärt, dass der vorliegende Wahlvorschlag beibehalten wird.

Landrat stellt fest, dass ein einheitlicher Wahlvorschlag nicht vorliegt. Deshalb muss zwischen den drei Wahlvorschlägen gewählt werden. Weitere Wahlvorschläge werden auf erneute Nachfrage

des Landrates nicht eingereicht. Landrat erläutert das Wahlverfahren, sowie die Ergebnisermittlung.

KTM Krystof teilt mit, dass er davon ausgegangen ist, dass Personenwahlen immer geheim erfolgen. Er bittet um Erläuterung.

Landrat erklärt, dass die Wahl grundsätzlich offen erfolgt. Eine geheime Wahl erfolgt nur auf Antrag.

KTM Krystof beantragt eine geheime Wahl.

Landrat weist darauf hin, dass die Wahl bei Antrag eines Kreistagsmitgliedes als geheime Wahl durchzuführen ist. Er bittet um die Benennung eines Stimmzählers je Fraktion. Auch die fraktionslosen Kreistagsmitglieder können sich an der Stimmauszählung beteiligen. Er erläutert das Wahlverfahren bei geheimer Wahl.

Die Sitzung wird von 16.52 Uhr bis 16.55 Uhr für die Erstellung der Stimmzettel unterbrochen.

Die geheime Abstimmung wird durchgeführt. Die Stimmzähler (KTM Mulder, KTM Wittenburg, KTM Rupp, KTM Krystof, KTM Reuter und KTM Natrop) zählen die abgegebenen Stimmen aus.

Landrat stellt das Ergebnis fest. Es wurden 54 gültige Stimmen bei einer Enthaltung abgegeben.

Wahlvorschlag	Stimmen
CDU / FDP	33
SPD	15
Bündnis 90/DIE GRÜNEN / Piraten	6

Die Sitzung wird von 17.11 Uhr bis 17.14 Uhr für die Berechnung der Verteilung unterbrochen.

Landrat teilt mit, dass 3 Vertreterinnen und Vertreter auf den Wahlvorschlag von CDU/FDP und jeweils 1 Vertreter/in auf die Wahlvorschläge der SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN / Piraten entfallen.

Namentlich ergeben sich folgende gewählte Vertreterinnen und Vertreter:

Ulrike Ulrich	CDU
Paul Düllings	CDU
Prof. Dr. Ralf Klapdor	FDP
Sigrid Eicker	SPD
Dr. Helmut Prior	Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Landrat gibt zur Kenntnis, dass die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter aus den Mitgliedern des Kreistages damit abgeschlossen ist. Nach den gesetzlichen Vorgaben ist er oder eine von ihm benannte Person ebenfalls zu wählen. Er möchte die Aufgabe persönlich wahrnehmen. Dies braucht trotz gesetzlicher Vorgaben eine Beschlussfassung des Kreistages.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Der Landrat wird als Vertreter des Kreises Kleve in der Mitgliederversammlung des Metropolregion Rheinland e.V. gewählt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 593 /WP14

Breitbandausbau im Kreis Kleve

Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit den kreisangehörigen Kommunen zur gebündelten Durchführung des Breitbandprojektes durch den Kreis Kleve

---

Landrat teilt mit, dass die Verwaltung mit der Vorlage und den folgenden Ausführungen auch auf den Antrag der FDP-Fraktion vom 24.10.2016 Bezug nimmt. Der Antrag wurde vereinbarungsgemäß etwa ein halbes Jahr zurückgestellt, um dem Breitbandkoordinator eine Einarbeitung zu ermöglichen. Der Antrag wird nun inhaltlich aufgegriffen.

Der Breitbandkoordinator, Herr Schmitz, hält einen Vortrag zum Thema Breitbandversorgung (Anlage).

KTM Franken führt aus, dass Wirtschaftlichkeitslücken für die drei zu stellenden Anträge ermittelt wurden, die zwischen 14 Mio. Euro und 23 Mio. Euro liegen. Er fragt an, ob dies mit den Fördersummen korrespondiert. Sind die Fördersummen so zu verstehen, dass es sich um die tatsächlich gewährten Förderbeträge handelt oder um die Berechnungsgrundlage?

KTM Franken sagt, dass bei einer Realisierung des Projektes eine externe Projektbetreuung installiert werden soll, für die 150.000,00 € angegeben werden. Ausgehend davon, dass der Breitbandkoordinator das Projekt intensiv mit begleiten wird, bittet er um Auskunft, wo die Schwerpunkte des Breitbandkoordinators und wo die der externen Betreuung liegen.

KTM Franken fragt an, ob eine Ausschreibung europaweit erfolgen würde. Er führt ferner aus, dass nach dem IBV die Kosten im Rahmen der Wirtschaftlichkeitslücke ermittelt wurden, ausgehend von einem Glasfaseranschluss bis zur Grundstücksgrenze. Fallen zusätzliche Anschlussgebühren bei den Bürgern an, und wenn ja, in welcher Höhe?

Landrat erläutert, dass die Verwaltungsspitze entscheiden wird, welche Aufgaben der Breitbandkoordinator zukünftig wahrnehmen wird. Gleiches gilt für eine etwaige Hinzuziehung Dritter. Entsprechende Entscheidungen fallen, wenn Gewissheit besteht, ob eine Förderung in Betracht kommt.

Die Frage nach etwaigen Kosten für Anschlüsse bis ins Haus können zum jetzigen Zeitpunkt nicht seriös beantwortet werden, da bislang lediglich Kostenschätzungen vorliegen. Erst wenn eine Förderzusage besteht und Ausschreibungen erfolgen, können detaillierte Angaben gemacht werden.

Herr Schmitz bestätigt, dass die 15 Mio. Euro bzw. 12 Mio. Euro die Höchstfördersummen je Antrag sind, die maximal zur Verfügung gestellt werden. Hinsichtlich der Ausschreibungen erläutert er, dass nach seinem Kenntnisstand Ausschreibungen dieser Größenordnung europaweit vorzunehmen sind. Landrat ergänzt, dass selbstverständlich entsprechende Förderbedingungen eingehalten werden, auch im Hinblick auf eventuell anzuwendendes Europarecht. Mit dieser Fragestellung wird man sich detailliert auseinandersetzen, sollte den Förderanträgen entsprochen werden.



KTM Höhn fragt an, ob es eine Summe innerhalb der Förderquote gibt, bei der eine Realisierung des Projektes aus Kreissicht nicht mehr zu verwirklichen ist, und wenn ja, wo diese Summe liegt. Sie erbittet zudem Auskünfte, wie der zeitliche Verlauf zur Umsetzung aussieht, wenn eine Förderzusage ergeht.

Landrat erklärt, dass diese Fragen nur spekulativ beantwortet werden können, da abzuwarten ist, wann eine Zusage zugeht und welche Projekte gefördert werden. Sollte es zu einer Förderung kommen, wird auf Basis von individuellen Verträgen mit den Städten und Gemeinden eine wechselseitige Verpflichtung bestehen, alles zu tun, um die Fördermittel im Sinne der gemeinsamen Intention zu nutzen. Diese individuellen Verträge werden am Montag geschlossen. Sollte es dazu kommen, dass die Fördersummen sich reduzieren, zum Beispiel nur eine hälftige Förderung bewilligt wird, so könnte nur ein Teil des Projektes umgesetzt werden, der in Abstimmung mit den Kommunen festgelegt würde. Nicht alle Verbindungen kosten das Gleiche, so dass eine lineare Rechnung nicht möglich ist.

KTM Krystof erfragt, bis zu welchem Zeitpunkt eine einzelne Kommune noch aus dem Förderantrag aussteigen kann.

Landrat erklärt, dass im Falle eines positiven Kreistagsbeschlusses entsprechend des Beschlussvorschlages am Montag mit allen teilnehmenden 15 Kommunen ein Vertrag unterzeichnet wird, der keine Ausstiegsklausel vorsieht.

KTM Krystof nimmt Bezug auf einen Presseartikel der Rheinischen Post, in dem eine konkrete Zahl für das Interessenbekundungsverfahren benannt wird. Er bittet um Mitteilung, ob bekannt ist, wie diese Zahl in die Presse gelangt ist. Er ist sich nicht sicher, ob es sich bei dem Presseartikel um ein Interview handelt.

Landrat antwortet, dass ihm dies nicht bekannt ist. Zahlen, die ausschreibungsrelevant sind, möchte er zudem nicht kommentieren.

KTM Krystof fragt an, ob durch das Bekanntwerden der Zahl ein Risiko gesehen wird, dass ein Anbieter mit einem weniger technologischen Angebot Vorteile haben könnte.

Landrat geht davon aus, dass, wenn alle Beteiligten die Verfahrensvorschriften beachten, eine bestmögliche Versorgung realisiert wird, vorausgesetzt, dass Fördermittel in dem beantragten Umfang gewährt werden.

KTM Düllings erkundigt sich, ob eine Kooperationsvereinbarung für drei Förderanträge beabsichtigt ist. Dies wird vom Landrat bestätigt.

KTM Düllings bittet um Erläuterungen dazu, dass es Glasfaseranschlüsse bis ins Haus gibt, während andere den Hausanschluss ab der Grundstücksgrenze in Kupfer haben. Dies würde angeblich zur Problematik.

Landrat stellt dar, dass mit allen Beteiligten Anträge erarbeitet wurden, die nach derzeitiger Einschätzung geeignet sind, alle Möglichkeiten offen zu lassen. Aufgrund von zukünftig vorzunehmenden Ausschreibungen möchte er die Frage nicht weiter beantworten.

KTM Düllings konkretisiert seine Frage dahingehend, dass er um technologische Beurteilung zu dem noch vorzunehmenden Anschluss von der Grundstücksgrenze bis ins Haus bittet.

Herr Reynders erläutert, dass die Interessenbekundung des betreffenden Unternehmens einen Ausbau mit Glasfaser umfasst. Es ist heute übliche Praxis, dass die Carrier (Unternehmen der Telekommunikation) die Kosten für die Hausanschlüsse im Rahmen der Vertragsabschlüsse zu ihren Lasten übernehmen. Für einen Erstanschluss sind damit in der Regel für den Hauseigentü-

mer keine zusätzlichen Kosten verbunden. Gegenstand der Ausschreibung wird der Ausbau mit Glasfaser sein.

KTM Prof. Dr. Klapdor erbittet Auskunft, ob für den Fall, dass alle Förderanträge genehmigt werden, nach dem erfolgten Abschluss des Projektes davon ausgegangen werden kann, dass es keine Bereiche im Kreis Kleve mehr gibt, die unter 30 Megabit/Sekunde versorgt sind. Hintergrund der Anfrage ist der mögliche Rückzug eines Anbieters aus einem Gebiet. Er stellt zudem die Nachfrage, ob er die Ausführungen dahingehend richtig verstanden hat, dass Gegenstand der Anträge und somit der Ausschreibung "fibre to the home" und nicht zum Übergabepunkt ist.

Herr Reynders erklärt, dass sich der Antrag auf "fibre to the Grundstücksgrenze" bezieht. Nach der beschriebenen Praxis ist dies jedoch inhaltlich im Grunde gleichbedeutend mit dem Anschluss bis ins Haus.

Das Programm zielt darauf ab, dass am Ende der Projektdurchführung keine weißen Flecken bleiben. Aber es bestehen immer Restrisiken. Unternehmen haben erklärt einen Eigenausbau in bestimmten Gebieten vornehmen zu wollen. Diese Bereiche fallen aus der Förderung. Wenn diese Absicht nicht realisiert werden kann, bleiben diese Bereiche zunächst unerschlossen. Es ist dann gegebenenfalls zu prüfen, ob über andere Förderprojekte ein Lückenschluss gelingen kann. Dies ist zum jetzigen Zeitpunkt aber höchst spekulativ, da man nicht weiß, ob die Ausbauabsichten realisiert werden oder an der ein oder anderen Stelle scheitern.

KTM Reuter fragt an, wie der Landrat dazu steht, wenn der potentielle Technologieanbieter bei Vertriebsgesprächen bereits mit dem Projekt hausiert. Wäre das ein Problem?

Landrat äußert sich dahingehend, dass im Wirtschaftsleben erstmal jeder frei ist. Wenn es zu einem späteren Zeitpunkt darum geht, Ausschreibungsanforderungen zu erfüllen und sich rechtskonform zu verhalten, dann können Verhaltensweisen, die vorher keine Rolle gespielt haben, eine Rolle spielen. Dies ist aber rein spekulativ. Der Kreis Kleve wird alles dafür tun, dass die Chance auf diese außergewöhnlich vorteilhafte Förderung gewahrt wird, und dafür die Städte und Gemeinden zu unterstützen.

KTM Reuter bittet um Mitteilung, wie der Landrat zu der Technologie FTTC steht. Landrat antwortet, dass er dazu vollkommen wettbewerbsneutral steht.

KTM Franken führt aus, dass die SPD-Fraktion grundsätzlich die Koordinierung, die der Kreis Kleve übernommen hat, begrüßt. Breitband ist eine wichtige Infrastruktur. Insofern ist ein koordinierter Förderantrag für die 15 Städte und Gemeinden gut. Gleichwohl wird das finanzielle Restrisiko der Kommunen gesehen, da nicht bekannt ist, wie das Ausschreibungs- und Vergabeverfahren betragsmäßig enden wird. Er hätte sich gewünscht, die Kooperationsvereinbarung etwas eher zu bekommen. Zwar hat die Fraktion die Zwischenmitteilung an die Bürgermeister erhalten. Sie hätten sich aber auch das dort avisierte weitere Schreiben mit der Versendung der Kooperationsvereinbarung als Durchschrift gewünscht, da sie von den Fraktionen in den Kommunen auf die Thematik angesprochen wurden. Die Fraktion wird dem Beschlussvorschlag in allen drei Punkten zustimmen.

Landrat weist darauf hin, dass die Beratungsfunktion der Ratsmitglieder in den Gemeinden nach der Gemeindeordnung dem Bürgermeister zukommt. Die Kreistagsmitglieder sind rechtzeitig auf Basis der Geschäftsordnung informiert worden. Es ist nicht Aufgabe der Kreistagsmitglieder Ratsmitglieder in Angelegenheiten, die der Kreis aushandelt oder ausgehandelt hat, zu beraten. Er weist die Kritik entschieden zurück. Landrat nimmt Bezug auf Presseartikel und führt aus, dass er die Kritik an dem Wirtschaftsförderer und der Wirtschaftsförderung, die in den Medien wiedergegeben wird, unverschämt findet. Der Wirtschaftsförderer und sein Team leisten hervorragende Arbeit und haben allen Beteiligten eine optimale Entscheidungsvorbereitung ermöglicht. Die Aussage in der Presse, dass eine mangelnde Transparenz geherrscht hat und die Kreistagsmitglieder im Ungewissen gelassen wurden, ist ein Hohn. So spricht nur jemand, der sich auf Kosten ande-

rer öffentlich aufspielen will. Es kann nicht sein, dass in den Medien eine bestimmte Kritik verbreitet wird und im Kreistag miteinander umgegangen wird, als wenn nichts gewesen ist.

KTM Ulrich führt aus, dass die Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen wird. Sie bedankt sich beim Landrat für die öffentlichen Verlautbarungen und seine aus ihrer Sicht vollkommen richtige Bewertung. Sie teilt diese uneingeschränkt. Sie hat die Verlautbarungen von Herrn Franken genutzt, um noch einmal chronologisch zu betrachten, was wann stattgefunden hat. Lässt man das letzte Jahr Revue passieren, hat bereits im Juli 2016 eine Aufsichtsrats- und Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderung stattgefunden, wo im Rahmen einer Präsentation Ziele und Vorgehensweisen in Sachen Breitband vorgestellt wurden. Zudem gab es diverse Arbeitstreffen, bei denen ausgelotet wurde, wie man gemeinsam im Interesse der ursprünglich 16 Kommunen zu einem Weg kommen kann, die weißen Flecken im Kreis Kleve möglichst zügig beseitigen zu können. Zudem gab es Kommunenbesuche der Wirtschaftsförderung, wo alle Fragen gestellt werden konnten, die noch offen geblieben waren, sowie weitere Veranstaltungen. Herr Franken war bei den Sitzungen der Wirtschaftsförderung, bei denen umfangreiche Informationen gegeben wurden und Fragen gestellt werden konnten. Die Wirtschaftsförderung und den Landrat in dieser Art und Weise zu diskreditieren, kann sie überhaupt nicht nachvollziehen. Sie kann nicht verstehen, wie in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt werden kann, dass das Erreichte keine Leistung ist. Sie möchte für die Fraktion der Wirtschaftsförderung, dem Breitbandkoordinator und allen anderen Beteiligten ihren Dank ausdrücken.

KTM Rupp teilt die Bewertung des Landrates und von KTM Ulrich ausdrücklich nicht. Er betont, dass weder der Name des Wirtschaftsförderers noch der des Breitbandkoordinators im Zusammenhang mit Kritik genannt worden sind. Die Kritik richtete sich ausschließlich an den Landrat und seine Art die Kreistagsmitglieder über Dinge zu informieren, die in den Kommunen schon viel länger diskutiert werden. Es handelt sich um eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kreis Kleve und den 15 Kommunen und es ist nicht verboten, die Kreistagsmitglieder, früher als in der Kreisordnung festgelegt, über diese Vorgänge in Kenntnis zu setzen. Mit seinen Aussagen hat der Landrat exakt das belegt, was in der Pressekonferenz kritisiert wurde, nämlich dass ihm an einem Austausch auf Augenhöhe mit den Kreistagsmitgliedern nicht gelegen ist. Das war der Kern des Vorwurfes und dieser wird aufrechterhalten. In der Vergangenheit wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass man sich an bestimmten Stellen nicht vernünftig mitgenommen fühlte. Dem Landrat sollte daran gelegen sein, dies zu ändern. Er weist nochmals darauf hin, dass der Name des Wirtschaftsförderers den Medien in diesem Zusammenhang überhaupt nicht zu entnehmen gewesen ist. Die Fraktion wünscht sich auch weiterhin eine bessere und transparentere Informationspolitik durch die Verwaltungsspitze.

Landrat nimmt dies zur Kenntnis. Aber wie die Äußerungen in der Öffentlichkeit angekommen sind, zeigt die Reaktion desjenigen, der angeblich gar nicht angesprochen wurde. Ihm liegt schon daran, mit der Verwaltung die Mitglieder des Kreistages angemessen zu informieren. Dies bedeutet allerdings nicht, dass der Kreistag und die Verwaltung zusammen Verwaltung machen und die Kommunen beraten. Der Kreistag ist dann einzubeziehen, wenn die Verwaltung Themen vorbereitet hat. Dann können Anträge gestellt und Beschlüsse gefasst werden.

KTM Höhn stellt einen Antrag auf Schluss der Debatte. Es war bisher auch nicht die Regel, dass die Tagespresse kommentiert wird.

Landrat erläutert, dass ein entsprechender Antrag nur durch ein Kreistagsmitglied gestellt werden darf, das vorher noch nicht gesprochen hat. Dies ist erfüllt.

Dem Antrag auf Schluss der Debatte wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

1. Der Durchführung des Breitbandprojektes im Sinne einer Bündelungsfunktion für 15 Kommunen im Kreis Kleve durch den Kreis Kleve sowie dem Abschluss einer entsprechenden Kooperationsvereinbarung wird zugestimmt.
2. Die mit der Projektdurchführung verbundenen Erträge und Aufwendungen sowie Einzahlungen und Auszahlungen sind im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 zu veranschlagen.
3. Der Übernahme der Kosten für eine externe Projektbetreuung wird zugestimmt. Soweit die Mittel auf 2017 entfallen, werden sie überplanmäßig bereitgestellt. Im Übrigen sind sie im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 zu veranschlagen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Mitteilungen

---

Es gibt keine Mitteilungen im öffentlichen Teil der Sitzung.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Anfragen

---

KTM Eicker fragt, ob es zutreffend ist, dass der Kreis beabsichtigt, die Gebäude der Förderschulen zu erwerben. Wenn dem so ist, bittet sie zudem um Mitteilung, warum die Gremien des Kreistages darüber nicht informiert wurden. Landrat sagt schriftliche Beantwortung zu.

KTM Habicht nimmt Bezug auf seine Anfrage aus der vorangegangenen Kreistagssitzung bezüglich der Erhöhung der Anzahl der Rettungseinsätze und führt aus, dass er noch keine Antwort erhalten hat. Landrat erklärt, dass die Anfrage schriftlich beantwortet wurde, und sagte eine Überprüfung zu.

KTM Habicht bittet zu dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und der Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse um Mitteilung, in welchen Punkten sich diese Gesetze auf den Kreistag des Kreises Kleve auswirken werden und ab wann diese Änderungen, sollte es welche geben, greifen.

Frau Boxnick führt aus, dass die Verwaltung Ende 2016 die Kreistagsmitglieder entsprechend informiert hat. Weiteres ist derzeit nicht zu veranlassen.

KTM Habicht erkundigt sich, ob das bedeutet, dass der Kreisausschuss irgendwann abgeschafft wird.

Frau Boxnick führt aus, dass es Änderungen gibt, die erst im Jahr 2020 anzustreben sind. Die Verwaltung hat mit dem genannten Schreiben über die Änderungen informiert, die jetzt zum Tragen kommen, nämlich die Entschädigungen. Landrat ergänzt, dass es eine Reihe von Änderungen gibt, die erst für die nächste Wahlperiode Geltung haben können. Dazu zählt auch eine Veränderung auf Ebene des Kreisausschusses. Es soll eine Annäherung an die Gemeindestruktur erfolgen. Der Name des Kreisausschusses ändert sich in diesem Zusammenhang in Hauptausschuss. Über die Änderungen, die erst im Jahr 2020 greifen, wurde noch nicht informiert, weil sie in der laufenden Wahlperiode nicht zu Auswirkungen führen.

KTM Habicht führt aus, dass Kindergartenplätze in Aldekerk mittlerweile zur Mangelware gehören. Dieses Problem wird sich bedingt durch das Neubaugebiet, das insbesondere Familien mit Kindern angezogen hat, noch vergrößern. Er erbittet Auskunft, ob für dieses Jahr oder das Jahr 2018 bereits Maßnahmen geplant sind, die zur Verbesserung der Situation beitragen werden. Er möchte zudem wissen, ob dem Kreis Kleve die genauen Zahlen vorliegen, auch die, die voraussichtlich 2018 noch hinzukommen. Sollte dies zutreffen, bittet er um Mitteilung, um wie viele Fälle es sich handelt. Er erkundigt sich zudem, ob der Verwaltung ähnliche Probleme aus anderen Teilen des Kreises bekannt sind, und wenn ja, in welchen Orten.

Landrat beantwortet die Fragen zusammenfassend. Beim Jugendamt des Kreises Keve, dass für die angesprochene Kommune zuständig ist, gibt es das Verfahren, sich jedes Jahr im Jugendhilfeausschuss mit der Kindergartenbedarfsplanung zu beschäftigen. Die Sitzung findet am 08.03.2017 statt. Für diese Sitzung werden aussagekräftige Vorlagen erstellt. In einem der Sitzung vorgeschalteten Verfahren wird der Bedarf und das Angebot in den Kommunen ermittelt. Wenn Differenzen festgestellt werden, wird im Vorfeld für eine Bedarfsdeckung gesorgt. Daher geht er davon aus, dass auch in diesem Jahr die nach dem Gesetz angemessenen Bedarfe erfüllt werden können. Auch in dem angesprochenen Bereich ist davon auszugehen, dass ein ausreichendes, befriedigendes und gutes Angebot erreicht werden wird. Dies bedeutet jedoch nicht, dass alle Eltern für jedes Kind in genau dem Kindergarten einen Platz finden werden, den sie für den besten oder wünschenswertesten Kindergarten halten. Aber sie werden einen Platz innerhalb der eigenen Gemeinde in zumutbarer Entfernung erhalten.

KTM Habicht stellt eine umfangreiche Anfrage zu der Person Anis Amri.

Landrat sagt schriftliche Beantwortung zu.

KTM Habicht erbittet Auskunft zu Passlesegeräten und gefälschten Passdokumenten, sowie Maßnahmen zur Erkennung gefälschter Passdokumente.

Landrat sichert schriftliche Beantwortung zu.

KTM Habicht erbittet umfangreiche Auskünfte zu der Katastrophenschutzplanung und deren Fortschreibung.

Landrat erklärt, dass eine schriftliche Beantwortung erfolgen wird.

KTM Prof. Dr. Klapdor stellt eine Anfrage zu der Onlinepetition des niederländischen Vereins für innovativen öffentlichen Personenverkehr zur Reaktivierung der Bahnstrecke Kleve-Nimwegen.

Landrat sagt schriftliche Beantwortung zu.

KTM Engler fragt, ob die Kreisordnung vorsieht, dass gleiche Anfragen doppelt gestellt werden können, auch dann, wenn sie bereits schriftlich beantwortet worden sind.

Landrat wertet dies als Hinweis. Ein entsprechender Abgleich wird bei der Beantwortung der Anfragen vorgenommen werden. Es ist zulässig, eine bereits gestellte Anfrage zu wiederholen. In diesem Fall würde gegebenenfalls auf die bereits erfolgte Beantwortung verwiesen.

KTM Krystof erfragt, ob dem Landrat bekannt ist, dass der VRR ernsthafte Planungen hat, bei der nächsten Ausschreibung für die Strecke zwischen Kleve und Düsseldorf auf wasserstoffbetriebene Fahrzeuge zu setzen. Er bittet den Landrat zudem um Beurteilung.

Landrat führt aus, dass ihm dies nicht bekannt ist. Er möchte keine Beurteilung abgeben, da auch beim VRR zunächst einmal entsprechende Ausschreibungsabsichten bei der dortigen Verwaltung

erarbeitet und dann in den zuständigen Gremien eingebracht werden. Er hat nicht die Absicht, eine bestimmte Technologie zu kommentieren.

KTM Krystof führt aus, dass dies im Entwurf des Nahverkehrsplans des VRR steht, und bittet um Stellungnahme des Landrates unter Berücksichtigung des Beschlusses des Kreistages zu der Thematik Ausbau / Elektrifizierung der Bahnstrecke.

Landrat teilt erneut mit, dass er dies nicht kommentieren wird. Er sieht dazu keine Veranlassung.

- - - - -

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

nichtöffentliche Sitzung

Mitteilungen

---

Es gibt keine Mitteilungen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

nichtöffentliche Sitzung

Anfragen

---

Es gibt keine Anfragen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

---

Bormann-Ervens  
(Schriftführerin)

---

Spreen  
(Landrat)